

Bürgermeister Meisenberg schlägt vor, dass über beide vorliegenden UWG-Anträge gemeinsam beraten werden soll. Hiergegen gibt es keine Einwände.

RM Maurer erklärt sich betreffend den OGS-Beiträgen für befähigt. Daraufhin erklärt RM Abstoß ebenfalls seine Befähigung für die Kita-Beiträge.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass betreffend Gebühren und Steuern keine Befähigung der Ratsmitglieder gegeben sei, da ansonsten grundsätzlich keine Abstimmung bei Gebühren- und Steueränderungen durch den Rat beschlossen werden könne.

Er erteilt RM Abstoß das Wort. RM Abstoß möchte keine weiteren Ausführungen zu den vorliegenden Anträgen abgeben.

Bürgermeister Meisenberg führt aus, dass ihm die Ausführungen der UWG-Fraktion zur Finanzierung aus dem allgemeinen Haushalt der Gemeinde in den vorliegenden Anträgen nicht ausreiche.

Verwaltungsseitig werden die Zahlen betreffend Kita- und OGS Beiträge nach heutigem Veranlagungsstand angepasst. Die Kita-Zahlen belaufen sich heute auf 77.000 €, wobei die Zahlen sich nach oben bewegen werden. Die OGS-Zahlen belaufen sich derzeit noch auf 83.000 €.

Bürgermeister Meisenberg führt aus, dass man zur Deckung des zu erwartenden Defizits von ca. 160.000 € z.B. gezwungen sei, die Grundsteuer B um 40 % zu erhöhen.

Die Fraktionen geben ihr Meinungsbild ab und diskutieren über die Notwendigkeit. RM Zander-Wörner, RM Kramer, RM Jaeger sowie RM Rittel werden dem vorliegenden Antrag für ihre Fraktionen nicht zustimmen und den Haushalt der Gemeinde nicht zusätzlich belasten.

Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass zur Gebührenberechnung das Jahreseinkommen des Veranlagungsjahres (Kalenderjahres) zugrundegelegt wird.

Änderungen des Einkommens müssen die Familien unaufgefordert anzeigen, so dass Rückerstattungen und Nachzahlungen erfolgen können. Somit können finanziell in Not geratene Familien ihr geringes Einkommen anzeigen und somit Gebührensenkungen oder sogar Befreiungen erhalten. Der Oberbergische Kreis übernimmt für Geringverdiener die Gebührenpauschale.

Der OGS-Betrieb läuft und wird gut besucht, die Leistung wird somit genutzt. Lediglich die Essenseinnahme sei verändert.

Bürgermeister Meisenberg sieht die Gefahr und ein rechtliches Problem, dass man für eine konkrete Leistung auf Gebühren verzichtet und die subsidiären Mittel allerdings fehlen und bittet die UWG-Fraktion nochmals um einen konkreten Deckungsvorschlag.

RM Abstoß zieht beide Anträge der UWG-Fraktion zurück. Er bittet die Verwaltung sowie die Politik um Aufklärung zu den finanziellen Entlastungsmöglichkeiten bei finanzieller Überlastung und Notlagen in den Familien.

Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass die Erläuterungen über Rechte und Pflichten bei den Antragsformularen an die Antragsteller übergeben werden.

Der Politik stehe es frei, im laufenden Wahlkampf zu dieser Thematik zu informieren.